

Antrag Nr. 19-F-03-0007

Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Nicaragua: Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen aufklären und ahnden
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2019-

Antragstext:

Erwachsen aus Solidarität mit den Menschen Nicaraguas engagiert sich eine Vielzahl deutscher Gemeinden im Rahmen ihrer Städtepartnerschaften seit den 1980ern für den positiven Austausch miteinander. So ist auch Wiesbaden über die Städtepartnerschaft mit Ocotlán bereits seit 1990 mit Nicaragua verbunden.

Seit April 2018 protestieren große Teile der Bevölkerung gegen die Regierung des Präsidenten Ortega und seiner Ehefrau Rosario Murillo, die seit Januar 2017 auch Vizepräsidentin ist. Die friedliche Revolte, die auch den zivilen Ungehorsam propagiert, wird seither mit brutaler Gewalt, die kaum jemand für möglich gehalten hat, beantwortet. Bei Reisen nach Nicaragua wird seitens des Auswärtigen Amtes zu erhöhter Vorsicht geraten.

Nach Angaben von internationalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen mordet, inhaftiert, foltert und terrorisiert der Staat die Menschen Nicaraguas. Dabei sind über 500 Personen zum größten Teil von der Polizei und paramilitärischen Gruppen erschossen und etwa weitere 2000 Personen mitunter schwer verletzt worden. Es kam zu einer Welle von politisch motivierten Verhaftungen, so dass derzeit Hunderte von Oppositionellen, ohne Haftbefehl und ordnungsgemäßes Verfahren, sowie unter systematischer Anwendung von Folter inhaftiert sind. Die Repression gegen die Zivilgesellschaft zeigt sich gegenüber Menschenrechtsorganisationen, Journalisten, Studenten, NGOs, der Kirche und gegen das medizinische Personal, das es wagt, verwundete Oppositionelle zu behandeln. Während der Demonstrationen, schloss die Regierung Medieneinrichtungen und zensierte Online-Medien.

Der aktuelle Bericht von Amnesty International "Shoot to kill. Nicaragua's strategy to repress protest", stellt illegale und willkürliche Verhaftungen und Tötungen fest und belegt schwere Menschenrechtsverstöße. Meist unter dem General-Vorwurf des Terrorismus, ohne jegliche Indizien, kommt es zu Folter und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung der Verhafteten.

Der nationale Dialog wurde von der Regierung abgebrochen und die Kirche, die eine wichtige vermittelnde Rolle innehatte, wurde massiv unter Druck gesetzt. Sowohl die Vereinten Nationen, als auch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) rufen zur sofortigen Wiederaufnahme des Dialogs auf und fordern eine unabhängige Untersuchung der Tötungen und befürworten vorgezogene Neuwahlen.

Auch der Bericht des Partnerschaftsvereins Nueva Nicaragua e.V. vom Winter 2018 bestätigt die dramatische Lage in Nicaragua.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

1. welche Erkenntnisse er über die politische Lage in Ocotlán hat und wie er diese bewertet,
2. welche Möglichkeiten er sieht, auf Ebene der Städtepartnerschaft unterstützend auf die demokratischen Kräfte in Ocotlán zu wirken und aktuell das erklärte Ziel der Städtepartnerschaft, die langfristige Verbesserung der Lebensbedingungen der Bewohner Ocotláns, zu erreichen?

Antrag Nr. 19-F-03-0007
Bündnis 90/Die Grünen

Wiesbaden, 13.03.2019